

1. Die Weimarer Republik

1918

Novemberrevolution; am 9. November Sturz der Monarchie und Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann (SPD) und Karl Liebknecht (Spartakusbund)

1923 Hitlerputsch

Putschversuch vom 8./9.11.1923 unter Führung Adolf Hitlers und General Ludendorffs mit dem Ziel, die Demokratie zu stürzen, der aber an der mangelhaften Planung und Durchführung sowie am Widerstand der Polizeikräfte scheitert

Völkerbund

Internationale Organisation auf Anregung des amerikanischen Präsidenten Wilson 1920 gegründet. Der Völkerbund sollte die Zusammenarbeit zwischen den Völkern fördern und den Frieden international sichern. An dieser Aufgabe scheiterte der Völkerbund letztendlich und wurde 1946 nach Gründung der UN aufgelöst.

Weimarer Verfassung

Die Weimarer Verfassung – die erste demokratische Verfassung Deutschlands – tritt am 11.8.1919 in Kraft und bildet die gesetzliche Grundlage für eine parlamentarische Republik in Deutschland.

Inflation

Anhaltende Geldentwertung, die durch Vermehrung der umlaufenden Geldmenge bei gleichbleibender Warenmenge entsteht; der dadurch bedingte Preisanstieg begünstigt Sachwertbesitzer und benachteiligt Lohnempfänger, Sparer und Gläubiger. Im Jahr 1923 erreichte die Inflation in Deutschland extreme Ausmaße: Mit der Währungsreform im November war eine Billion Papiermark nur noch eine Goldmark wert.

2. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

1929

New Yorker Börsencrash leitet **Weltwirtschaftskrise** ein.

30. Januar 1933

Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler (Führer der NSDAP) zum Reichskanzler.

9. November 1938

Novemberpogrom: Gewaltames Vorgehen der Nationalsozialisten gegen Juden und jüdische Geschäfte; Zerstörung der Synagogen.

1. September 1939

Beginn des Zweiten Weltkrieges mit Deutschlands Angriff auf Polen

20. Juli 1944

Widerstand; Attentat auf Hitler scheitert (u. a. Graf Stauffenberg).

Antisemitismus

wörtlich „Semiteneindschaft“ (Semiten: Völker in Vorderasien und Nordafrika). Der um 1880 in Deutschland entstandene Begriff bezeichnet die seit der Antike und dem Mittelalter bestehende Ablehnung oder Bekämpfung von Juden aus religiösen oder sozialen Gründen. In der 2. Hälfte des 19. Jh. wurde die Judenfeindschaft zunehmend rassistisch (biologisch) begründet und nahm dadurch an Aggressivität zu. Juden galten jetzt als „minderwertige Rasse“. Der Nationalsozialismus stellte den Antisemitismus ins Zentrum seiner „Weltanschauung“ und Politik, deren Maßnahmen vom Boykott bis zur systematischen Vernichtung der Juden (Holocaust) reichten.

Nationalsozialismus

Der Begriff bezeichnet die völkische, antisemitische, nationalistische Bewegung in Deutschland, die sich 1920 als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

(NSDAP) organisierte und die unter Führung Adolf Hitlers in Deutschland 1933 eine Diktatur errichtete. Ein extremer Nationalismus, Rassismus, Eroberungsstreben („Lebensraumpolitik“), Führerprinzip und Volksgemeinschaft sind grundlegende Elemente der NS-Weltanschauung.

„Machtergreifung“

Die NSDAP feierte den 30. Januar 1933 als Tag der „Machtergreifung“. Der Begriff ist irreführend, denn formal gesehen hatte Hitler von Reichspräsident Hindenburg ganz legal die Kanzlerschaft übertragen bekommen, von einer Revolution kann also nicht die Rede sein.

„Gleichschaltung“

So nannten die Nationalsozialisten ihre Maßnahmen Staat, Gesellschaft und Kultur mit ihrer Ideologie zu durchdringen und damit zu beherrschen. Nach der „Machtergreifung“ wurden alle nichtnationalsozialistischen Verbände und Einrichtungen aufgelöst oder in NS-Organisationen eingegliedert. Außerdem nahmen die Nationalsozialisten den Ländern ihre Eigenständigkeit, führten eine Einparteienherrschaft ein und kontrollierten die Medien.

„Ermächtigungsgesetz“

Der Regierung wird unumschränkte Gesetzgebungsvollmacht eingeräumt. Das Gesetz hebt die Gewaltenteilung auf und bildet die Grundlage der NS-Diktatur.

„Nürnberger Gesetze“

Bezeichnung für die am 15. September 1935 von den Nationalsozialisten in Nürnberg festgelegten antisemitischen Rassegesetze. Juden verloren das Wahlrecht und durften keine öffentlichen Ämter mehr übernehmen. Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden wurden verboten. Verstöße konnten mit Gefängnis bestraft werden. Die

„Nürnberger Gesetze“ bildeten die juristische Grundlage für die nachfolgende Diskriminierung und schikanöse Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung.

Holocaust/Shoa

Das griechische Wort „holocauston“ bezeichnete ursprünglich ein „Brandopfer von Tieren“. Seit Ende der 1970er Jahre (nachdem die gleichnamige US-Fernsehserie weltweit für Aufsehen sorgte) wurde dieser Begriff für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden im Dritten Reich verwendet. Im jüdischen Sprachgebrauch wird für den Völkermord an den Juden während dieser Zeit der sicherlich passendere Begriff Shoa („großes Unheil“, „Katastrophe“) gebraucht.

Konzentrations- und Vernichtungslager

Konzentrationslager (KZ) wurden erstmals Anfang des 20. Jh. in totalitären Staaten errichtet, um politische Gegner und missliebige Minderheiten auszuschalten oder zu beseitigen. Ab 1923 richtete z. B. der sowjetische Diktator Stalin Zwangsarbeitslager ein.

Nach der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten entstanden 1933 im Deutschen Reich die ersten KZ. Hier wurden Minderheiten, die den rassistischen, ideologischen und politischen Vorstellungen der

Nationalsozialisten nicht entsprachen, in Haft genommen, misshandelt und ermordet. Ab 1938 wurden KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit für SS und Rüstungsindustrie eingesetzt. Seit 1941 wurden in den besetzten Gebieten im Osten Vernichtungslager eingerichtet, in denen die Nazis zwischen 5 und 6 Millionen Juden und eine halbe Million weiterer Personen – größtenteils in Gaskammern – umbrachten.

Münchener Abkommen

Das am 30. September 1938 zwischen Großbritannien (Chamberlain), Frankreich (Daladier), Italien (Mussolini) und Deutschland (Hitler) unterzeichnete Abkommen verpflichtete die Tschechoslowakei, die überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens (Sudetenland) an das Deutsche Reich abzutreten. Ein tschechoslowakischer Vertreter war zur Münchener Konferenz nicht eingeladen. Großbritannien und Frankreich erhofften sich vergeblich von diesem Zugeständnis (im Sinne der Appeasementpolitik), Hitler von seinen Kriegsplänen abbringen zu können.

3. Blockbildung, deutsche Teilung und Ost-West-Konflikt bis in die 1960er Jahre

8./9. Mai 1945

Bedingungslose Kapitulation Deutschlands, Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa

1946

Verfassung des Freistaats Bayern

23. Mai 1949

Unterzeichnung des Grundgesetzes der BRD in Bonn

1949

Gründung der beiden deutschen Staaten BRD und DDR

17. Juni 1953

Aufstand gegen das DDR-Regime

1961

Mauerbau in Berlin

Besatzungszonen

Deutschland und Österreich wurden nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 von den Siegermächten in vier Besatzungszonen – eine amerikanische, eine britische, eine französische und eine sowjetische – aufgeteilt. Jede Besatzungszone unterstand dem Oberbefehlshaber der jeweiligen Siegermacht.

Deutsche Frage

Unter der Deutschen Frage versteht man die ungelöste nationale Frage, die durch die Teilung Deutschlands nach 1945 als Folge des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges entstanden war. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949 war das Ziel der westdeutschen Politik, die Einheit Deutschlands nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wiederherzustellen.

Entnazifizierung

Bestreben der Alliierten nach 1945, die deutsche Gesellschaft von nationalsozialistischen Einflüssen zu säubern. Maßnahmen waren neben der gerichtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern u. a. die Entfernung ehemaliger Nationalsozialisten aus einflussreichen Positionen. Die Amerikaner richteten dafür so genannte Spruchkammern ein, die über die Schuld der Einzelnen entschieden. In der sowjetischen Zone wurde die Entnazifizierung dazu genutzt, strukturelle Veränderungen (beispielsweise die Enteignung von Großgrundbesitzern und Großindustriellen) herbeizuführen und so eine kommunistische Gesellschaftsordnung vorzubereiten.

Flucht und Vertreibung

Als Folge des verlorenen Zweiten Weltkriegs kam es zu einer riesigen Bevölkerungsbewegung von Deutschen aus den deutschen Ostgebieten. Sie begann mit der Flucht von Deutschen vor der Roten Armee und fand ihren Höhepunkt in der systematischen Vertreibung aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und Ost- bzw. Südosteuropas. Insgesamt mussten 14 Mio. Deutsche ihre Heimat verlassen, über 2 Mio. von ihnen kamen dabei um.

Konferenz von Potsdam

Letzte große Kriegs- und erste Nachkriegskonferenz in Europa vom 17. Juli bis 2. August 1945. Teilnehmer waren die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion. Verhandelt wurden die Zukunft Deutschlands und das Ende des Krieges in Fernost. Für Deutschland einigten sich die "Großen Drei" u. a. auf folgende Ziele:

- Allierter Kontrollrat als oberstes Entscheidungsorgan für Deutschland
- Die Gebiete östlich der Oder und Neiße sollen bis zur endgültigen Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland als polnische Westgrenze anerkannt werden
- Die „Fünf D's“:
 - Demokratisierung
 - Demilitarisierung (Entwaffnung)
 - Denazifizierung
 - Demontage (Abbau kriegswichtiger Industrien)
 - Dezentralisierung der Verwaltung und Entflechtung der Wirtschaft

Kalter Krieg

Politischer, wirtschaftlicher, militärischer und kultureller Konkurrenzkampf zwischen dem Westen unter Führung der USA und dem Ostblock unter Führung der UdSSR, der mehrmals kurz davor stand, in einen „heißen“, direkten Krieg zwischen den beiden Supermächten zu eskalieren, z. B. während der Blockade Berlins 1948, dem Korea-Krieg 1950-53, dem Bau der Berliner Mauer 1961 oder der Kuba-Krise 1962.

NATO

North Atlantic Treaty Organization
Zehn westeuropäische Staaten, die USA und Kanada gründeten 1949 die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft als Militärbündnis, um sich gemeinsam gegen einen möglichen Angriff der Sowjetunion zu verteidigen und politisch für Frieden und Freiheit einzutreten. Die NATO war Teil der

Blockbildung, die Bundesrepublik Deutschland trat ihr 1955 bei.

Währungsreform

Einführung einer neuen Währung und Neuordnung des durch die Kriegsfinanzierung zerrütteten deutschen Geldwesens von 1948 durch die Siegermächte; in den westlichen Besatzungszonen wurde die Deutsche Mark, in der Sowjetischen Besatzungszone die D-Mark (später Mark der DDR) eingeführt. Die unterschiedlichen Währungen vertieften die Teilung Deutschlands.

Warschauer Pakt

Das 1955 in Warschau gegründete östliche Bündnis war Teil der Blockbildung nach dem Zweiten Weltkrieg und bestand bis 1991. Unter Führung der Sowjetunion fasste es alle militärischen Kräfte Osteuropas (außer Jugoslawien und später Albanien), einschließlich der DDR, gegen die NATO zusammen.

Westintegration

Die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik nach 1945 in die westliche Welt (Westeuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika). Als ihr Wegbereiter gilt der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU). Die Bundesrepublik wurde Mitglied der EWG und der NATO und erhielt dafür weitgehende Souveränität sowie Schutz und Förderung durch die westlichen Bündnispartner.

4. Die Welt im Schatten des Kalten Krieges

1963

Deutsch-französischer Freundschaftsvertrag

Europäische Einigung

Am Anfang des Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten im 1949 gegründeten Europarat und in der 1951 entstandenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Erfolg führte 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). EGKS, EURATOM und EWG wurden 1967 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengefasst. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) entstand die Europäische Union, der nach mehreren Erweiterungen inzwischen 27 Staaten angehören.

Nahostkonflikt

Streit zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel, seinen arabischen Nachbarn und der palästinensischen Bevölkerung um das Existenzrecht des Staates Israel und die Rechte der Palästinenser an diesem Land sowie die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates. Mehrere Kriege und zahllose Terrorakte prägen bis heute den Konflikt.

Nord-Süd-Konflikt

Spannungen zwischen den hoch entwickelten Industriestaaten auf der nördlichen und den "Entwicklungsländern" auf der südlichen Erdhalbkugel seit der Auflösung der Kolonialreiche. Diese Länder sind geprägt durch ein starkes Bevölkerungswachstum, schlechte Ernährung, Mängel im Gesundheits- und Bildungswesen, fehlende Arbeitsplätze, niedrige Löhne und eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Industrienationen.

UNO

United Nations Organization
Die Weltorganisation wurde 1945 in San Francisco als Nachfolgerin des Völkerbundes gegründet. Ihr gehören inzwischen fast alle Staaten der Welt an. Ihre Hauptziele sind die Sicherung des Friedens, die Verständigung der Völker untereinander sowie der internationalen Zusammenarbeit zur Lösung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, ökologischer und humanitärer Probleme; Sitz der UNO ist New York.